

## Auftragsbekanntmachung

### Dienstleistungen

#### Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

#### **Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber**

##### I.1) **Name und Adressen**

Offizielle Bezeichnung: Bezirksamt Reinickendorf von Berlin

Postanschrift: Eichborndamm 215

Ort: Berlin

NUTS-Code: DE3 BERLIN

Postleitzahl: 13437

Land: Deutschland

Kontaktstelle(n): Zentrale Vergabestelle für die SE FM

E-Mail: [submissionsstelle@reinickendorf.berlin.de](mailto:submissionsstelle@reinickendorf.berlin.de)

##### **Internet-Adresse(n):**

Hauptadresse: <https://my.vergabepattform.berlin.de>

Adresse des Beschafferprofils: <https://my.vergabepattform.berlin.de>

##### I.3) **Kommunikation**

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.meinauftrag.rib.de/public/DetailsByPlatformIdAndTenderId/platformId/2/tenderId/135679>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://my.vergabepattform.berlin.de>

Im Rahmen der elektronischen Kommunikation ist die Verwendung von Instrumenten und Vorrichtungen erforderlich, die nicht allgemein verfügbar sind. Ein uneingeschränkter und vollständiger direkter Zugang zu diesen Instrumenten und Vorrichtungen ist gebührenfrei möglich unter: <https://my.vergabepattform.berlin.de>

##### I.4) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Regional- oder Kommunalbehörde

##### I.5) **Haupttätigkeit(en)**

Allgemeine öffentliche Verwaltung

#### **Abschnitt II: Gegenstand**

##### II.1) **Umfang der Beschaffung**

##### II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

Generalplanerleistungen für den Ausbau der Ringelnetz Grundschule in Berlin Reinickendorf

Referenznummer der Bekanntmachung: 2020-SE FM-VgV-098

##### II.1.2) **CPV-Code Hauptteil**

71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

##### II.1.3) **Art des Auftrags**

Dienstleistungen

##### II.1.4) **Kurze Beschreibung:**

Die Planungsleistungen für den Ausbau der Ringelnatz Grundschule zu einer 3-zügigen Grundschule sollen an einen Generalplaner vergeben werden.

Die Bauleistung umfasst die Errichtung eines Schul-Neubaus (Baukosten KG 200-700 ca. 7,7 Mio. €).

Es ist geplant, die Leistungen bis Dezember 2024 abzuschließen (zzgl. 4 Jahre Gewährleistung).

Durch den Generalplaner sind folgende Leistungsbilder zu bearbeiten:

-Gebäude und Innenräume (§ 33ff. HOAI, in Verbindung mit Anlage 10)

-Technische Ausrüstung (§ 53ff. HOAI, in Verbindung mit Anlage 15), AG 1-7

-Tragwerksplanung (§ 49ff. HOAI, in Verbindung mit Anlage 14)

-Freianlagen (§ 38ff. HOAI, in Verbindung mit Anlage 11)

-Beratungsleistungen aus den Bereichen Brandschutz, Bau- und Raumakustik, Wärmeschutz und Energiebilanzierung als besondere Leistungen

II.1.5) **Geschätzter Gesamtwert**

Wert ohne MwSt.: 1.00 EUR

II.1.6) **Angaben zu den Losen**

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2) **Beschreibung**

II.2.3) **Erfüllungsort**

NUTS-Code: DE3 BERLIN

Hauptort der Ausführung:

Wilhelm-Gericke-Straße 7-13, 13437 Berlin-Reinickendorf

II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**

Die bestehende Grundschule befindet sich in Wilhelm-Gericke-Straße 7-13 im Ortsteil Berlin-Reinickendorf. Die vorhandene Bebauung besteht aus dem 4 geschossigen Schulgebäude (Bauzeit 1971) sowie einer Sporthalle.

Diese wurden in den Jahren 2016-2020 energetisch saniert. Die Flächen im Bestandsgebäude mit Sporthalle betragen: BGF ca. 5.600 m<sup>2</sup> und NF (inkl. Sport und Hort) ca. 5.000 m<sup>2</sup>.  
 Aufgrund steigender Schülerzahlen ist es erforderlich, die Kapazitäten der Ringelnetz Grundschule von 2,2 auf 3 Züge zu erhöhen.  
 Für die Erweiterung ist ein Neubau sowie der Einbau einer Mensa mit Ausgabeküche im Erdgeschoss geplant. Die BGF ist mit ca. 1.899 m<sup>2</sup> geplant.  
 Für den Neubau sind auf dem Grundstück diverse Änderungen an den vorhandenen Außenanlagen erforderlich. So müssen u.a. das Sportfeld umverlegt und der Schulhof wiederhergestellt werden.

**Maßnahmen Neubau**

- Barrierefreiheit
- Konventionelle Bauweise in Anlehnung an das Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen (BNB Silber); Anforderungen KfW-Effizienzhaus 55
- Fassadenbegrünung gem. Berliner Schulbauoffensive
- Compartments auf zwei Geschosebenen; Mensa mit Küche im EG
- Ausgabeküche für Caterer
- Anschluss an die bestehende Heizungsanlage (durch die energetische Sanierung der Bestandsschule ist die Versorgung für den Erweiterungsbau möglich)
- Neuanschluss / Erstellung der technischen Anlagen der KG 410/430/440/450/460/470

**Maßnahmen Freianlagen**

- Wiederherstellung Schulhof
- Umverlegung des Sportfeldes
- Zufahrt Caterer / neue Gehwegüberfahrt

**Maßnahmen Bestandsgebäude**

- Sanierung der ehem. Flächen der Mensa

#### II.2.5) **Zuschlagskriterien**

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

#### II.2.6) **Geschätzter Wert**

Wert ohne MwSt.: 1.00 EUR

#### II.2.7) **Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**

Beginn: 01/04/2021

Ende: 31/12/2024

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

#### II.2.9) **Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden**

Geplante Mindestzahl: 3

Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Erfüllen mehrere Bewerber die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl gemäß den zu Grunde gelegten Kriterien (siehe Punkt 3 der Leistungsbeschreibung) zu hoch, erfolgt die Auswahl der verbleibenden Bewerber per Los (§ 75 Abs.6VgV)

Es können max. 100 Punkte erreicht werden.

#### II.2.10) **Angaben über Varianten/Alternativangebote**

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

#### II.2.11) **Angaben zu Optionen**

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Beauftragt wird mit Vertragsschluss die Stufe 1,2 und anteilig 3 (HOAI-Leistungsphasen 2-5 und anteilig 6) mit folgenden Optionen:

- Stufe 3 (Leistungsphasen 7)
- Stufe 4 (Leistungsphase 8)
- Stufe 5 (Leistungsphase 9)

Sollten sich die haushaltsrechtlichen Rahmenbedingungen ändern, müssen die Leistungsbilder dementsprechend angepasst werden.

#### II.2.13) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

#### II.2.14) **Zusätzliche Angaben**

Die „Allgemeine Anweisung für die Vorbereitung und Durchführung von Bauaufgaben Berlins (Anweisung Bau – ABau)“ ist in der Projektarbeit durchgängig zu berücksichtigen. Kenntnisse werden vorausgesetzt.

Die ABau kann eingesehen werden unter:

<http://www.stadtentwicklung.berlin.de/service/gesetzestexte/de/abau/>

### **Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben**

#### III.1) **Teilnahmebedingungen**

##### III.1.1) **Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Im Bewerberfragebogen sind folgende Angaben und Erklärungen zu machen:

- [1.] Juristische Personen fügen den Unterlagen einen Nachweis über die Eintragung ins Handelsregister/ Gewerbeanmeldung bei (§ 44 Abs. 1 VgV).
- [2.] Es sind Angaben zu machen, ob und in welcher Weise rechtliche/wirtschaftliche Verknüpfungen zu anderen Unternehmen bestehen (§ 47 VgV).
- [3.] Es sind Angaben zu machen, ob beabsichtigt ist – bezogen auf den Auftrag – in relevanter Weise mit anderen zusammen zu arbeiten bzw. Unteraufträge zu vergeben, bezogen auch auf nur teilweise Bereiche (§ 47 VgV).
- [4.] Der Bewerber hat eine Erklärung abzugeben, dass keine Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB und § 124 vorliegen.
- [5.] Die fachliche Eignung gemäß § 46 Abs. 3 Nr. 6 VgV ist durch die Berufszulassung oder Berufsausübungsberechtigung (Eintragung in die Architekten- oder Ingenieurkammer) nachzuweisen.

##### III.1.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Im Bewerberfragebogen sind folgende Angaben und Erklärungen zu machen

- [1.] Berufshaftpflichtversicherung gemäß § 45 Abs. 1 Nr. 3 bzw. Abs. 4 Nr. 2 VgV.

Mit der Bewerbung ist der Nachweis einer bestehenden Berufshaftpflichtversicherung mit den nachfolgenden Deckungssummen zu erbringen: 2 000 000 EUR für Personenschäden und 2 000 000 EUR für Sach- und Vermögensschäden.

Ersatzweise ist die schriftliche Erklärung des Versicherers zur Erhöhung der Deckungssumme im Auftragsfall oder eine schriftliche Erklärung des Versicherers zur Zusage einer objektbezogenen Versicherung vorzulegen. Bei Bewerbergemeinschaften ist von jedem Mitglied die Deckungszusage zu erbringen.

Der Versicherungsnachweis darf nicht älter als 12 Monate sein (gerechnet vom Tag der Abgabe des Teilnahmeantrages).

[2.] Mindestjahresumsatz nach § 45 Absatz 1 Nr. 1 und 4 VgV

Erklärung zu den Brutto-Umsätzen entsprechender Dienstleistungen (Planungsleistungen Objektplanung § 34 HOAI) der letzten 3 Geschäftsjahre gemäß VgV § 45 Abs. 4 Nr. 4.

Bei Bewerbergemeinschaften ist dieser Nachweis von mindestens einem Mitglied der Bewerbergemeinschaft zu führen.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Zu [2.]

Der spezifische Brutto-Jahresumsatz beträgt im Durchschnitt der letzten 3 Jahre mind. 500.000 €.

### III.1.3) **Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Im Bewerberfragebogen sind folgende Angaben und Erklärungen zu machen:

[1.] Angabe der Personen die für die Erbringung der Dienstleistung tatsächlich verantwortlich sind gemäß § 46 Abs. 3 Nr. 2 VgV mit folgenden Angaben:

Kurze Darstellung des beruflichen Lebenslaufs (Name, Fachrichtung der Ausbildung, Nachweis der Qualifikation, Kurzdarstellung relevanter, persönlicher Referenzen) max. 3 A4-Seiten.

[2.] Nachweis von mindestens 2 Referenzen aus dem Bereich Planungsleistungen an Gebäuden, die mit der Bauaufgabe vergleichbar sind.

Mit der Angabe von: Bezeichnung der Referenz, Kurzbeschreibung sowie Umfang der erbrachten Leistungen, Auftraggeber und Ansprechpartner mit Telefonnummer.

Es können auch mehrere Referenzen eingereicht werden. Die eingereichten Referenzen werden jeweils nach den unter Punkt 3 „Bewertung Referenzprojekte“ aufgeführten Kriterien bewertet. Es geht die Referenz mit der höchsten Punktzahl in die Wertung ein.

Hinweis: Der Auftraggeber behält sich vor, die Angaben im Bewerberfragebogen durch Rücksprache mit den Referenzgebern zu überprüfen. Nachweislich falsche Angaben des Bewerbers können zum Ausschluss des Bewerbers vom weiteren Verfahren führen.

Zudem hat der Bewerber/Bieter sicherzustellen, dass die Angaben zum Referenzgeber aktuell sind.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Zu [1.]

Gesamtprojektleitung:

Studienabschluss der Fachrichtungen Architektur oder Bauingenieurwesen (oder vergleich-barer Studienabschluss einer Fachhochschule oder Hochschule) sowie Berufserfahrung im Bereich Planungsleistungen an Gebäuden in den LPH 2 – 8 von mindestens 10 Jahren.

Projektleitung Objektplanung:

Studienabschluss der Fachrichtungen Architektur oder Bauingenieurwesen (oder vergleich-barer Studienabschluss einer Fachhochschule oder Hochschule) sowie Berufserfahrung im Bereich Planungsleistungen an Gebäuden in den LPH 2 – 8 von mindestens 5 Jahren.

Projektleitung Technische Ausrüstung:

Studienabschluss der Fachrichtungen Gebäude-/Versorgungstechnik (oder vergleichbarer Studienabschluss einer Fachhochschule oder Hochschule) sowie Berufserfahrung im Bereich Technische Gebäudeausrüstung an Gebäuden in den LPH 2 – 8 von mindestens 5 Jahren.

Zu [2.]

Für alle Referenzen:

- Die Leistungen müssen abgeschlossen sein und das Datum der Übergabe darf max. 5 Jahre, ab Datum der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung zurückliegen.

Ausnahmen sind Referenzen, bei denen der Abschluss bis spätestens 30.6.2021 erfolgt.

- Die Projekte müssen vom Bewerber mindestens in den LPH 2 – 8 bearbeitet worden sein

- Bei der Referenz muss es sich um ein Nichtwohngebäude handeln.

- Die Gesamtbaukosten (KG 200-700) der Referenz müssen mindestens 2 000 000 EUR (brutto) betragen

### III.2) **Bedingungen für den Auftrag**

#### III.2.2) **Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:**

Grundlage der Beauftragung der Leistungen, der Auftragsbearbeitung ist die Verwaltungsvorschrift AllgemeineAnweisung für die Vorbereitung und Durchführung von Bauaufgaben Berlins – ABau der Senatsverwaltung fürStadtentwicklung und Wohnen, d. h. es gelten die Vertragsmuster einschließlich der AVB / BVB abrufbar unter

[Http://www.stadtentwicklung.berlin.de/service/rundschreiben/de/abau.shtml](http://www.stadtentwicklung.berlin.de/service/rundschreiben/de/abau.shtml).

Mit der Abgabe eines Angebotes folgende Unterlagen/Erklärungen einzureichen:

- A1 IV 213e F Angebotsschreiben im Excel-s. Informationslink aus IV 213e F)

- A3 Kalkulationsblätter Honorarangebot

- A5 IV 4021 F BVB zur Frauenförderung – Teil A (Wirt-2141)

- A8 IV 125 F Unteraufträge Eignungsleihe (Wirt-235)

- A9 IV 126 F Verpflichtungserklärung benannter Unternehmen (Wirt-236)

- A10 IV 128 F Erklärung der Bewerber-Bietergemeinschaft (Wirt-238)

- Nachweis für den Bereich BMA/ Hausalarmierung (Zertifizierung nach DIN 14675 o. vergleichbar)

#### III.2.3) **Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal**

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

## **Abschnitt IV: Verfahren**

### IV.1) **Beschreibung**

#### IV.1.1) **Verfahrensart**

Verhandlungsverfahren

#### IV.1.3) **Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem**

#### IV.1.5) **Angaben zur Verhandlung**

Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen

**IV.1.8) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

**IV.2) Verwaltungsangaben**

**IV.2.2) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**

Tag: 18/01/2021

Ortszeit: 11:00

**IV.2.3) Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**

Tag: 27/01/2021

**IV.2.4) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:**

Deutsch

**IV.2.6) Bindefrist des Angebots**

Das Angebot muss gültig bleiben bis: 23/03/2021

**Abschnitt VI: Weitere Angaben**

**VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

**VI.3) Zusätzliche Angaben:**

1. Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Unternehmens Unklarheiten, Unvollständigkeiten oder Fehler, so hat es unverzüglich die Kontaktstelle vor Angebotsabgabe schriftlich darauf hinzuweisen;
2. Die geforderten Angaben, Erklärungen und Nachweise sind vom Bewerber oder den Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft vorzulegen. D. h., dass im Falle einer Bewerbergemeinschaft von jedem Mitglied zwingend ein Bewerberfragebogen auszufüllen ist sowie alle geforderten Nachweise eingereicht werden müssen;
3. Sofern der Bewerber eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) einreichen möchte, muss er sicherstellen, dass die EEE sämtliche zuvor genannten Angaben/Erklärungen/Nachweise enthält. Die EEE muss nicht verwendet werden, wenn der Bewerberfragebogen vollständig ausgefüllt eingereicht wird;
4. Beabsichtigt der Bewerber, Teilleistungen an Nachunternehmer zu vergeben, sind Art und Umfang der Leistungen über das entsprechende Formular im Rahmen des Angebotes anzugeben. Auf Verlangen des Auftraggebers ist eine Verpflichtungserklärung nach § 36 Absatz 1 VgV vor Zuschlagserteilung vorzulegen, in der sich die benannten Unterauftragnehmer verpflichten, im Falle der Auftragsvergabe dem Bewerber die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen. Der Auftraggeber behält sich weiterhin vor, Eignungsnachweise auch für Nachunternehmer abzufordern;
5. Erfüllt der Bieter selbst nicht alle Eignungsvoraussetzungen und bedient sich deswegen der Kapazitäten anderer Unternehmen („Eignungslleihe“), so muss er dessen Eignung mit Angebotsabgabe nachweisen, die geforderten Eignungsnachweise – soweit er sich auf die Kapazitäten eines anderen Unternehmens beruft – und eine entsprechende Verpflichtungserklärung einreichen, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen;
6. Der Auftraggeber behält sich vor, unvollständige, nicht wie gefordert abgegebene bzw. fehlende Nachweise, Erklärungen oder sonstige Angaben des Bewerbers/Bieters nachzufordern. Ein Anspruch auf eine derartige Handhabung besteht nicht. Insbesondere kann der Auftraggeber aus Gründen der Gleichbehandlung und/oder zeitlichen Erwägungen unvollständige Bewerbungen/Angebote vom Vergabeverfahren ausschließen;
7. Der Auftraggeber sowie der Bewerber/ die Bewerbergemeinschaft ggf. inkl. Nachunternehmer bestätigen wechselseitig, dass die aus dem Vergabeverfahren resultierenden personenbezogenen Daten gespeichert,

verarbeitet und weitergeleitet werden dürfen, soweit dies zur Durchführung des Vergabeverfahrens einschließlich damit verbundener Dokumentationspflichten ggf. von Seiten Dritter erforderlich ist.

8. Der Auftraggeber wird für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister beim Bundesamt für Justiz anfordern. Ausländische Bieter haben gleichwertige Bescheinigungen ihres Herkunftslandes vorzulegen. Der Auftraggeber wird für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, Eintragungen im Korruptionsregister des Landes Berlin abfragen.

Der Auftraggeber wird auf der Grundlage der EU-Sanktionsverordnungen zur Bekämpfung des Terrorismus und zur Durchsetzung von Embargos (EG) Nr. 881/2002 vom 27.5.2002, 753/2011 vom 1.8.2011 sowie 2580/2001 vom 27.12.2001 eine Abfrage in den Finanz-Sanktionslisten ([www.finanz-Sanktionsliste.de/fisalis/jsp/index.jsf](http://www.finanz-Sanktionsliste.de/fisalis/jsp/index.jsf)) veranlassen.

9. Für den Erhalt der elektronischen bearbeitbaren Vergabeunterlagen ist eine einmalige, kostenlose Registrierung auf der Internetseite <http://www.berlin.de/vergabepattform/veroeffentlichungen/registrierung-firma/notwendig>, wenn das Unternehmen nicht bereits registriert ist. Zu beachten ist, dass alle Bewerber/ Bieter eigenverantwortlich die weitere Entwicklung zum Verfahren wie z. B. die Ergänzung oder Änderung der Vergabeunterlagen und die Einstellung von beantworteten Fragen durch selbstständige Einsicht verfolgen müssen.

#### VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

##### VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Landes Berlin

Postanschrift: Martin-Luther-Straße 105

Ort: Berlin

Postleitzahl: 10825

Land: Deutschland

E-Mail: [vergabekammer@senweb.berlin.de](mailto:vergabekammer@senweb.berlin.de)

Telefon: +49 309013-8316

Fax: +49 309013-7613

Internet-Adresse: <https://www.berlin.de/sen/wirtschaft/wirtschaft/wirtschaftsrecht/vergabekammer/>

##### VI.4.3) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung oder in den Vergabunterlagen erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Im Übrigen sind Verstöße gegen Vergabevorschriften innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen nach Kenntnis gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Ein Nachprüfungsantrag ist innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, bei der zuständigen Vergabekammer zu stellen (§ 160 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)).

Die o.a. Fristen gelten nicht, wenn der Auftraggeber gemäß § 135 Absatz 1 Nr. 2 GWB den Auftrag ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union (EU) vergeben hat, ohne dass dies aufgrund der Gesetze gestattet ist.

Setzt sich ein Auftraggeber über die Unwirksamkeit eines geschlossenen Vertrages hinweg, indem er die Informations- und Wartepflicht missachtet (§ 134 GWB) oder ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der EU vergeben hat, ohne dass dies aufgrund der Gesetze gestattet ist, kann die Unwirksamkeit nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter und Bewerber durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrages, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden



---

ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der EU bekannt gemacht, endet die Frist 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung im Amtsblatt der EU (§ 135 GWB).

VI.4.4) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Landes Berlin

Postanschrift: Martin-Luther-Str. 105

Ort: Berlin

Postleitzahl: 10825

Land: Deutschland

E-Mail: [vergabekammer@senweb.berlin.de](mailto:vergabekammer@senweb.berlin.de)

Telefon: +49 309013-8316

Fax: +49 309013-7613

Internet-Adresse: <https://www.berlin.de/sen/wirtschaft/wirtschaft/wirtschaftsrecht/vergabekammer/>

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

14/12/2020